

## Kämpfe verursachen Flüchtlingswelle in Sulu

Anhänger des inhaftierten ehemaligen muslimischen Rebellenführers Nur Misuari haben am 6. Februar in Sulu bewaffnete Zusammenstöße mit der Armee ausgelöst, die um die 100 Todesopfer forderten und die Flucht von etwa 27.000 Anwohnern auslösten. Die Auseinandersetzungen folgten auf eine Armeeooffensive gegen Abu Sayyaf-Anhänger, die sich angeblich in der von der MNLF kontrollierten Gegend aufhalten. Nach Darstellung der lokalen Bevölkerung dagegen eskalierte die Situation, nachdem die Armee willkürlich eine Familie attackierte. Misuari bestritt Vorwürfe, er habe die Zusam-

menstöße aus der Haft heraus organisiert ebenso wie eine unterstellte taktische Verbindung der MNLF mit den Abu Sayyaf. Inzwischen hat sich die Situation wieder entspannt, die Flüchtlinge kehren zurück. In der Stadt Indanan sei die Lage jedoch weiter gespannt. Die Kontroversen um die endgültige Umsetzung des Waffenstillstands von 1996 zwischen MNLF und der Zentralregierung halten derweil an. Zwar wurden 7.500 ehemalige Rebellen entwaffnet oder in Polizei und Armee eingegliedert, dennoch seien noch Feuerwaffen im Besitz der Organisation. Staatssekretär Eduardo Ermita

machte weitere Aufbauhilfe für die Autonomiegebiete in Mindanao von der vollständigen Entwaffnung abhängig.

Unterdessen bekannte sich Abu Sayyaf zu zwei Bombenanschlägen in Davao City und General Santos City. Am gleichen Tag kam es auch zu einem Anschlag in Makati City (Metro Manila). Insgesamt gab es mindestens 11 Tote und 75 Verletzte. Die Urheber des Anschlags in Makati blieben zunächst unklar. Anfang März wurden jedoch mehrere Verdächtige inhaftiert, die auch zu Abu Sayyaf gehören sollen. Ein regionaler Polizeichef beurteilte die Vorfälle als Ablenkungsma-

# nachrichten

növer der Rebellen, um von den Kämpfen der Rebellen auf Jolo abzulenken.

vgl. *BW* 15.2.04, 2.3.05, 7.3.05,  
*PDI* 11.2.05, 23.2.05, 24.2.05

## Fernando Poe gestorben

Der Filmstar und gescheiterte Präsidentschaftskandidat Fernando Poe Jr. erlag am 14. Dezember 2004 im Alter von 65 Jahren den Folgen eines Schlaganfalls. Nach Auffassung zahlreicher Beobachter hatte er bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 2004 vor allem auf Wunsch seines Schauspielerkollegen Estrada kandidiert, der 2001 wegen massiver Korruptionsvorwürfe aus dem Amt gedrängt und inhaftiert wurde. Poes Anhänger nutzen seinen Tod, um Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo anzugreifen und verbrannten einen von Arroyo übersandten Kranz. Oppositi-

onsanhänger forderten Poes Witwe Susan Roces auf, die Rolle als Oppositionsführerin einzunehmen. Es gab Gerüchte, Poes Anhänger planten einen Putsch gegen die amtierende Präsidentin, die bei Poes Beerdigung am 22. Dezember zu verstärkten Sicherheitsvorkehrungen führten. Senator Aquilino Pimentel Jr. forderte die Eröffnung eines Verfahrens gegen Geheimdienstkräfte, die die seiner Aussage nach jeder Grundlage entbehrenden Vorwürfe erhoben hatten und dadurch den kostspieligen Polizeieinsatz auslösten.

vgl. *BW* 15.12.04, *MT* 30.12.04

## 2. Platz auf Korruptionsliste

Eine von der Asian Development Bank (ADB) veröffentlichte Studie zu Korruption in Unternehmen zeigt die Philippinen nach Bangladesch auf dem zweiten Platz. Mehr als ein Drittel der untersuchten Unternehmen aus dem Textil-, Lebensmittel- und Elektronikbereich waren von Korruption betroffen. Insgesamt wurden 102 Länder untersucht.

Ähnlich schlechte Beurteilungen erhalten politische Institutionen im Jahresbericht der NGO Transparency International. Auf einem Index von 1

(nicht korrupt) bis 5 (sehr korrupt) erhielt die Polizei mit 4,2 die schlechteste Beurteilung, dicht gefolgt von der Legislative und den Parteien mit 4,1. Steuerbehörden lagen bei 3,6, das Militär bei 3,4. Den besten Wert erzielten kirchliche Gruppen mit 2,1. Gute Nachrichten kommen dagegen von der G8-nahen Financial Action Task Force, die das Land von der Liste der Geldwäscheparadise strich.

vgl. *PDI* 10.12.04, *PDI* 20.1.05, *BW* 12.2.05

## Bergbaugesetz für Ausländer

Das Verfassungsgericht gab am 1. Dezember 2004 die Verfassungskonformität des Mining Act aus dem Jahr 1995 bekannt, der eine 100-prozentige Kontrolle der Ausbeutung von Bodenschätzen durch ausländische Konzerne zulässt. Damit revidierte das Gericht eine frühere Entscheidung vom Januar 2004, das den Mining Act in wesentlichen Bestimmungen für verfassungswidrig hielt. Regierung und Industrieverbände begrüßten die neue Rechtsprechung und erwarten für die kom-

menden Jahre erhebliche Investitionen. Konfliktstoff entsteht möglicherweise aus der Tatsache, dass mehr als die Hälfte der Gebiete, an deren Ausbeutung ausländische Konzerne bisher Interesse zeigten, angestammtes Land indigener Gruppen ist.

vgl. *MT* 10.12.04

## Charmeoffensive bei der Polizei

José Miguel Arroyo, der Ehemann der Präsidentin, sorgt sich um die fatale Öffentlichkeitswirkung schlechter Zähne bei Beamten. Seine »First Gentleman Foundation« stellte 30.000 Euro zur Verfügung, um 2.400 Polizisten und Angestellte des öffentlichen Diensts mit neuen Gebissen auszustatten. Arroyo hofft, dass sie so »Recht und Ordnung mit einem Lächeln aufrechterhalten«. Auch von anderer Seite droht dem Äußerli-

chen der Polizei Aufmerksamkeit: so sollen Diätpillen verteilt werden, um ein Programm zur Bekämpfung des weithin grassierenden Übergewichts zu flankieren. Wie aus der polizei-internen Gesundheitsabteilung verlautete, sollen die verschlankten Polizisten ihre Pflichten effektiver ausüben können.

vgl. *Yahoo Nachrichten* 18.2.05,  
*MT* 15.2.05

# nachrichten

## Morde an Journalisten

Im Jahr 2004 wurden in den Philippinen 13 Journalisten aus politischen Gründen ermordet, deutlich mehr als in den Vorjahren. Als einen wesentlichen Hintergrund dieser beunruhigenden Bilanz nannte eine Delegation der International Federation of Journalists eine weit verbreitete Kultur der Gewaltbereitschaft,

die oftmals von Regierungsseite billigend in Kauf genommen werde. Die Zahl der ermordeten Journalisten ist weltweit nur im Irak höher. Seit der formalen Rückkehr zur Demokratie 1987 wurden über 60 Pressevertreter Opfer politische motivierter Attentate.

vgl. PDI 31.1.05

## Holzeinschlag verboten

Die verheerenden Taifune, die im Dezember 2004 Provinzen auf der Insel Luzon heimsuchten und etwa 1400 Menschen töteten, haben Bewegung in die Diskussion um ein 25-jähriges Einschlagsverbot gebracht. Ausgenommen werden sollen künstlich angelegte Baumplantagen, die etwa 40 Prozent des nationalen Holzbedarfs abdecken. Dagegen soll das Verbot sämtliche andere bewaldete Gebiete einschließen, darunter Regenwälder, Gebiete rund um Wasserscheiden und Nationalparks. Aquilino Pimentel, Oppositionsführer im Senat, sprach von 200.000 Hektar Wald, die jährlich durch illegalen Holzeinschlag oder Rodung durch Bauern zerstört würden.

Präsidentin Arroyo hatte die NPA beschuldigt, wegen illegalen Holzschlags in Luzon für die tödlichen Erdbeben verantwortlich zu sein. Später war stattdessen davon die Rede, die NPA treibe Schutzgelder von legal arbeitenden Holzfällern ein. Sie kündigte eine verschärfte Verfolgung dieser NPA-Aktivitäten durch Armee und Polizei an und ernannte einen Wiederaufforstungsbeauftragten. Die *Anti-Illegal Logging Task Force* hat bisher keine wesentlichen Erfolge vorzuweisen, was auch damit zusammenhängt, dass die zu bewachende Fläche für jeweils einen Wärter bei 40 Quadratkilometern liegt.

Hinweise auf die Verwicklung von Politikern in die illegalen Machenschaften führten zu Ermittlungen gegen mehrere Bürgermeister und einen ehemaligen Kongressabgeordneten. Unterdessen werden die Wiederaufbaukosten in den von den Taifunen verwüsteten Gebieten auf 350 Millionen Pesos geschätzt.

vgl. BW 11.12.04, PDI 3.12.04, 7.12.04, 22.1.05, 26.1.05

## Außenpolitische Konsultationen

China und die Philippinen haben einen territorialen Konflikt bezüglich der Spratly-Inseln im Südchinesischen Meer beigelegt. Beide Länder wollen zusammenarbeiten, um die dortigen Ölreserven zu nutzen. Staatssekretär Alberto Romulo betonte, die Beziehungen seien besser als je zuvor. Bereits letztes Jahr hatten beide Länder eine Studie zur Erforschung der Abbaumöglichkeiten auf den Weg gebracht, die für Unruhe bei anderen Ländern sorgte, die ebenfalls Anspruch auf das Gebiet erheben, darunter Taiwan, Malaysia und Vietnam.

Alle diese Länder haben Truppen in der Nähe der Inseln stationiert.

Malaysia und die Philippinen führten Gespräche über die Frage illegaler philippinischer Arbeitsmigranten im Nachbarland. Anfang März war ein malaysisches Moratorium abgelaufen, das illegale Migranten zur Rückkehr in ihre Ursprungsländer bewegen sollte. Ankündigungen, die danach angetroffenen illegalen Arbeiter mit Peitschenhieben zu bestrafen, hatten Beunruhigung ausgelöst. Die philippinische Regierung stellte präventiv Rechtsanwälte in Malaysia zur Verfügung

und forderte das Nachbarland zur Wahrung der Menschenrechte und rechtsstaatlicher Standards auf.

Beim Besuch des burmesischen Premierministers Soe Win äußerte Präsidentin Arroyo vorsichtige Kritik an den Menschenrechtsverletzungen der Militärjunta in Burma, insbesondere an der andauernden Inhaftierung der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi. Schwerpunkt der Gespräche waren jedoch wirtschaftliche Kooperationen, Sanktionen seien auf keinen Fall beabsichtigt.

vgl. PDI 22.2.05, 2.3.05

## Wer Steuern zahlt, ist selber schuld?

Die notorisch geringen Steuereinnahmen des philippinischen Fiskus haben jetzt ein Haushaltsloch verursacht, das Reformen unvermeidlich macht.

Von 4 Millionen steuerpflichtigen Haushalten zahlten 2003 nur etwa ein Sechstel, wobei fast 90 Prozent der Einnahmen auf direkt einbehaltenen Lohnsteuer entfiel. Noch desaströser ist die Bilanz bei den Unternehmenssteuern, die von weniger als zwei Prozent der registrierten Unternehmen entrichtet wurde. Die geringen Steuerein-

nahmen sind besonders prekär vor dem Hintergrund des Anteils der Schuldzinsen am nationalen Haushalt, der im laufenden Jahr 33 Prozent erreichen wird. In diesem Zusammenhang steht auch die Verabschiedung eines Amnestiegesetzes für reuige Steuersünder.

Ein Ende Januar vom Repräsentantenhaus genehmigtes Gesetz zur Anhebung der Mehrwertsteuer von zehn auf zwölf Prozent soll jährlich Mehreinnahmen von 35 Milliarden Pesos erwirtschaften.

Landwirtschaftliche Produkte und Fisch sowie Mietzahlungen bis zur Höhe von monatlich 8000 Pesos (ca. 110 Euro) seien von der Regelung ausgenommen, meinte der Abgeordnete Eric D. Singson. Die Steuererhöhung treffe daher nicht die unteren Einkommenschichten. Die Maßnahme soll einer potentiellen schlechteren Bewertung der finanziellen Situation des Landes durch Ratingagenturen entgegenwirken.

vgl. MT 12.12.04, 29.1.05, BW 15.12.04

## Erste Homoehe in der NPA

Ka Andres und Ka Jose sind seit kurzem das erste gleichgeschlechtliche Ehepaar in der NPA. Bei der Hochzeit hielten beide Gewehrketten in der Hand, um ihr Bekenntnis zum bewaffneten Kampf zu unter-

streichen, und trugen eine CPP-Fahne um die Schultern. Dazu soll ein Chor revolutionäre Liebeslieder intoniert haben. Ein solcher Schritt zur Anerkennung gleichgeschlechtlicher Ehen war in der NPA be-

reits seit einigen Jahren erwartet worden, spätestens seit einer Veröffentlichung aus dem Jahr 1998 mit dem Titel »Zur proletarischen Beziehung der Geschlechter«.

vgl. PDI, 7.2.05